

Herr Waldärtl, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, betonte, dass die Debatte im Jugendhilfeausschuss (JHA) klar gezeigt habe, dass die Schaffung von Kindergartenplätzen eine der höchsten Prioritäten sei, die sie hier in Sankt Augustin aus Sicht des JHA umzusetzen hätten. Daher auch die Forderung nach einer gemeinsamen Sitzung von JHA, GebäudeA und UPV, um die unterschiedlichen Themenbereiche, Vergabe, Planung und gerade auch den jugendpolitischen Aspekt zusammenzubringen. Das einstimmige Signal des JHA bei Enthaltung der CDU-Fraktion in den Rat, diesen Antrag im Rat zu beschließen, um die Wichtigkeit und Priorität dieses Themas nochmal deutlich zu machen. Sie ständen an der Seite der Eltern und Familien dieser Stadt und wollten eine zügige Priorisierung für Maßnahmen, sowohl für die Fertigstellung der bereits beschlossenen Kitas, für weitere Kitas und für die Schaffung von Vorlaufeinrichtungen.

Herr Schell von der CDU-Fraktion verwies auf seine Begründungen im JHA und erläuterte, dass seine Fraktion sich bei der Abstimmung im JHA insbesondere deswegen enthalten habe, weil in anderen Ausschüssen überprüft werden müsste, ob dieser Beschluss überhaupt so passe. Er stellte nochmal ganz klar heraus, dass für die CDU-Fraktion die Versorgung mit Kindergartenplätzen enorm wichtig sei und alles Mögliche dafür getan werden müsse, um den gesetzlichen Anspruch zu erfüllen. Vergegenwärtige man sich aber beispielsweise nochmal die kurz danach stattgefundene Sitzung des Schulausschusses, wo ähnliches seitens der Eltern, die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Schulprojekte, dargestellt worden wäre. Auch dort hätten sie ein gewisses Defizit. Schauen man sich darüber hinaus nochmal den Projektprioritätenplan (PPP), der im letzten GebäudeA wieder auf der Tagesordnung war, an, müsse man sich bei der Forderung, dass hier etwas umorganisiert werden solle, fragen, was hier konkret umorganisiert werden solle. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Veranstaltung zum PPP Ende 2017, zu der Problematik, was im PPP geändert werden könne. Aus dieser Veranstaltung wären sie mit dem Gefühl herausgegangen, dass sie zwar alle gerne würden, aber was hätte keiner so richtig sagen können. Hier eine einfache Umorganisation zu fordern ohne dabei die anderen Fachausschüsse zu beteiligen halte er für falsch. Im PPP würden darunter auch die Maßnahmen für Leib und Leben fallen, die wegen der Brandschutzvorgaben überhaupt nicht verschoben werden könnten. Bei Punkt 2 und 3 des vorliegenden Antrages stelle die CDU-Fraktion die Frage, ob die Verwaltung, bei der derzeitigen Personalvakanz in vielen Bereichen, dies zeitlich überhaupt schaffen könne. Er fragte die Fachverwaltung, wo aus ihrer Fachsicht eine Umorganisation sinnvoll und möglich sei.

Der Bürgermeister erläuterte, dass bislang alle Baumaßnahmen dezernatsübergreifend in einer Bau- und Planungskonferenz besprochen worden wären. Der Verwaltungsvorstand sehe aber selbstverständlich auch die Notwendigkeit, möglicherweise mehr Zeit in den Kindergartendeckungsbedarf zu investieren. Daher hätten sie jetzt, unter Leitung des Bürgermeisters, eine eigene Arbeitsgruppe nur für die Kitaversorgung eingerichtet. Er wies daraufhin, dass die Verwaltung dieses Antragspaket bis Juni wahrscheinlich nicht zur vollen Zufriedenheit schaffen werde.

Frau Jung von der FDP-Fraktion betonte, dass dieser Antrag ein Appell wäre, die Dringlichkeit dieser Kitabauten nochmal bewusst darzustellen. Sie fände es nicht richtig,

dass dieses Thema hier auf diesem Niveau klein geredet würde. Dieser Antrag bedeute nicht, dass sie alles andere aus dem Focus verlieren würden, aber die Kitabauten erschienen ihnen derzeit besonders wichtig. Bezüglich des PPP hätten sie in einer Veranstaltung des Dezernates IV erklärt bekommen, dass sie diesen PPP nicht vertikal sondern horizontal zu lesen hätten. Die Verwaltung sehe selber, dass viele Projekte gleichwertig wären, man sie aber leider in der Tabelle untereinander schreiben müsse. Sie bat darum, dass dies bei der Intention der Antragstellung mit berücksichtigt werde.

Herr Metz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hob nochmal den großen realen Bedarf an Kitaplätzen heraus. Dieser Rechtsanspruch bedeute für die jungen Familien sehr viel und es sei in der Verantwortung der Politik, hier etwas Entsprechendes umzusetzen. Er glaube, dass die CDU-Fraktion dies auch nicht infrage stellen würde. Dieses Defizit habe sich, wie in vielen anderen Städten in der Bundesrepublik auch, über viele Jahrzehnte aufgebaut. Sie würden als Politik einfordern, dass die Verwaltung ihnen Entscheidungsvorlagen erarbeite, aufgrund derer sie die Richtung vorgeben könnten. Dieser Antrag sei der Vorschlag von SPD, Grüne und FDP, wie man sich diesem wichtigen Thema für eine soziale Stadt Sankt Augustin nähert. Natürlich möge man dies auch kritisieren. Aber was sei denn der Gegenvorschlag? Dass man Schulen gegen Kitas ausspiele? Was sei denn der Gegenvorschlag mit dem Ziel, einer besseren Kinderbetreuung?

Herr Knülle von der SPD-Fraktion schloss sich den Ausführungen von Frau Jung und Herrn Metz an. Der Rat zeige hier der Bevölkerung, dass er die Verwaltung massiv darin unterstütze die Probleme im Kitabereich zu lösen und das auch, wenn das dazu führe, das ein oder andere nicht sofort zu schaffen, weil das auch mit daran liege, dass man gesetzlichen Ansprüchen gerecht werden müsse.

Herr Doğan sagte, dass er der festen Überzeugung sei, dass sie in einem Schulterschluss zwischen den Dezernaten das tun würden, was sie in diesem Bereich tun könnten. Selbstverständlich würden sie trotzdem nochmal dezernatsübergreifend prüfen, wo sie noch zusätzliche Synergien schöpfen können, um dieses Thema noch forcierter voranzutreiben. Forcierter bedeute, dass sie jetzt mit einer Projektgruppe zu Dritt voranschreiten würden, um zu prüfen, was sie noch zeiteffizienter bündeln könnten. Es ginge um Vorlaufeinrichtungen und die Evaluierung der derzeitigen Projektstände. Er habe insofern den Antrag so verstanden, dass sie im Juni nicht das Ergebnis präsentieren können, sondern den Zwischenstand der ersten Ergebnisse einer Projektgruppe darlegen könnten, wie der Sachstand der Bearbeitungen sei. Sie könnten bis Juni keine zusätzlichen Projekte aus dem Boden gestampft haben, aber sie könnten eine Übersicht dessen liefern, was derzeit in Bearbeitung sei und erste Überlegungen was zusätzlich, on top geliefert werden könne.

Herr Schell betonte nochmal, dass die CDU-Fraktion dem ersten Teil des Antrages, dem Appell an die Verwaltung, sofort zustimmen würde. Dieses Problem brenne allen unter den Nägeln. Wenn mit diesem Antrag kein Automatismus in der Umstrukturierung im PPP verbunden sei, denn der PPP, so wie er in Abstimmung mit den Fachleuten im GebäudeA erstellt worden wäre, hätte einen Sinn gehabt. Wenn sie sich darauf einigen könnten, aus eins diesen appellativen Teil mit rein zu nehmen und darüber hinaus zu sagen, dass die bereits eingerichtete Projektgruppe ihre Ergebnisse berichte und auf

dieser Basis, mit den Fakten aus der Verwaltung, weiter entschieden würde, dann würde die CDU-Fraktion dem sofort zustimmen.

Frau Jung entgegnete den Ausführungen von Herrn Schell, dass ihrer Meinung nach Diskussionen um die permanenten Umpriorisierungen im PPP nur eine Diskussion um die Wertigkeit von Projekten befördere, die der Stimmung insgesamt nicht gut tue. Sie denke, dass sie doch alle der Wunsch nach der besonderen Bedeutung für die Schaffung von Kita Plätzen eine. Natürlich brauchten sie auch die Schulen. Sie brauchten die komplette Infrastruktur für die Kinder, die Jugendlichen, die Erwachsenen und die Senioren. Ihre Aufgabe sei es, die komplette Infrastruktur in den Blick zu nehmen. Kein Ratsmitglied würde sich auch immer nur auf einzelne Themen fokussieren. Aber der JHA, dessen Aufgabe es sei, sich um die Kinder und Jugendlichen zu kümmern, habe nun mal jetzt diesen Antrag beschlossen. Dann sollten sie sich doch jetzt alle diesem Antrag anschließen und sagen, dass sie alle wollen, dass ein besonderes Augenmerk auf die Schaffung von Kindergartenplätzen gelegt wird.

Herr Piéla von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärte, dass der PPP eine wichtige Leitlinie darstelle, innerhalb dessen es aber auch in der Vergangenheit immer wieder Verschiebungen gegeben habe, wenn die Notwendigkeit bestanden hätte. Sie würden sich, wie auch bereits von den Vorrednern dargestellt, in einer besonderen Situation befinden, die auch besondere Maßnahmen erfordere und da dürfe ihnen der PPP jetzt kein Hindernis darstellen, weil es so erscheine, als dürfe es nicht verändert werden.

Herr Knülle betonte nochmal, dass dieses Problem allen Menschen unter den Nägeln brenne, deswegen würden jetzt alle Kräfte mobilisiert, dieses Problem gemeinsam so schnell wie möglich zu lösen.

Frau Feld-Wielpütz las den ersten Punkt des Beschlussvorschlages noch mal vor und erklärte, dass die CDU-Fraktion die Formulierung „Vorrang erhält“ so interpretiere, dass dies dann die oberste Priorität der Aufgabe der Verwaltung sein muss, wenn sie die Beschlüsse dieses Rates ernst nehmen würden. Die anderen wären dann die, die keinen Vorrang hätten. Sie wäre auch im Schula gewesen und hätte die Kinder mit ihren Eltern gesehen, die dringend ihre Mensapläätze benötigen. Die hätten auch alle einen gerechtfertigten Anspruch. Die CDU-Fraktion wollte auch alle diese Kindergärtenplätze, aber sie hätten mit der Formulierung „Vorrang erhält“ ein Problem.

Herr Metz erklärte, dass in der Verwaltungsrealität diese Formulierung nicht den absoluten Vorrang vor Allem bedeuten könne. Das natürlich die Pflichtaufgaben weiterhin sein müssten und dieser Beschluss selbstverständlich einen appellativen Charakter habe. Sie wollten mit dem Beschluss ein klares Bekenntnis der Verwaltung, dass Prozesse synchronisiert würden und mit einer sehr hohen Priorität bearbeitet und die Politik zu Entscheidungen gezwungen würden. Unter diesem Antrag sollten nicht andere Dinge leiden, sondern es solle ein Signal sein, dass diese Problematik mit sehr sehr hoher Priorität angegangen werde. Die bisherigen Aktivitäten der Verwaltung würden bereits zeigen, dass dieser Antrag richtig und notwendig gewesen wäre.

Herr Schell schlug zum Abschluss der ausführlichen Debatte vor, die Formulierung im Punkt eins des Beschlussvorschlages „Vorrang“ gegen „sehr hohe Priorität“ zu ändern.

Bei den Punkten zwei und drei sei die Einigung auf das Verständnis, was Herr Doğan bereits ausgeführt habe. Es werde eine Projektgruppe gebildet, bis Ende Juni könnten aber nicht alle gewünschten Dinge geliefert werden, sondern evtl. ein erster Bericht Ende Juni und dann im Juli oder später ein Folgebericht. Mit diesen Änderungen würde die CDU-Fraktion diesem Antrag gerne zustimmen.

Herr Knülle sagte, dass sie durch ihre Wortbeiträge bereits zuvor zu verstehen gegeben hätten, dass sie mit dem Verständnis der Verwaltung zu den Punkten zwei und drei einverstanden wären. Für die Zustimmung der CDU-Fraktion würden sie gerne die Formulierung des ersten Punktes in „sehr hohe Priorität“ ändern.

Herr Köhler schloss sich dem Vorschlag an.